



HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

1031 WIEN KUNDMANNGASSE 21 POSTFACH 600 TEL. 0222/711 32 TELEX 136682 hvsvt a TELEFAX 711 32 249 DVR 0024279

K1. 234/DW

Zl. 15-44.25/89 Rf/De

Wien, 22. September 1989

An das

Präsidium des
Nationalrates1017 Parlament

Betrifft	GESETZENTWURF
Zi	63 - GEZ 9
Datum:	26. SEP. 1989
Verteilt:	26. Sep. 1989

L. Ortswanger

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz, die
Bundesabgabenordnung und das Zustellgesetz
geändert werden

Bezug: Schreiben des Bundeskanzleramtes an den Haupt-
verband vom 7. August 1989, GZ 601.661/1-V/89

Das Bundeskanzleramt hat uns ersucht, Ihnen 25 Aus-
fertigungen unserer Stellungnahme zu übersenden.

Wir übermitteln Ihnen hiemit die erbetenen Kopien.

Der Generaldirektor:

Beilagen

R 12



HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

1031 WIEN KUNDMANNGASSE 21 POSTFACH 600 TEL. 0222/711 32 TELEX 136682 hvsvt a TELEFAX 711 32 249 DVR 0024279

K1. 206/DW

Zl. 15-44.25/89 Rf/De

Wien, 22. September 1989

An das

Bundeskanzleramt
Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2

1014 W i e n

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz, die
Bundesabgabenordnung und das Zustellgesetz
geändert werden

Bezug: Ihr Schreiben vom 7. August 1989,
GZ 601.661/1-V/89

Der Hauptverband erhebt gegen den vorliegenden Gesetzes-
entwurf keine grundsätzlichen Einwände.

Es wird jedoch angeregt, die beabsichtigte Neuregelung
des § 13 Abs.3 AVG 1950, die nach den Erläuterungen in Über-
einstimmung mit der BAO (Artikel III Z.1 und Z.2) - aber erst
zu einem späteren Zeitpunkt - erfolgen soll, schon in den vor-
liegenden Entwurf aufzunehmen, um sicherzustellen, daß diese
korrespondierenden Bestimmungen des AVG und der BAO betreffend
das Recht der Parteien, Anbringen im Wege der automationsunter-
stützten Datenübertragung an die Behörde zu richten, zum gleichen
Zeitpunkt in Kraft treten.

Ergänzend ist zu Artikel II (§ 26 Abs.2 ZustellG - Zustel-
lung ohne Zustellnachweis) anzumerken, daß die Zitierung im
dritten Satz dieser Bestimmung richtig "§ 89d Abs.2 Gerichts-
organisationsgesetz" statt "§ 89d Art.2 Gerichtsorganisations-
gesetz" zu lauten hat. Überdies wird im letzten Absatz der
Erläuterungen zu dieser Bestimmung im Zusammenhang mit der
Erweiterten Wertgrenzen-Novelle 1989 auf "BGB1.Nr. 43"

- 2 -

statt richtig "BGBl.Nr. 343" verwiesen.

Ihrem Ersuchen entsprechend haben wir 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates weitergeleitet.

Der Generaldirektor:

